

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirthschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhübel in Hachenburg.

278

Er scheint an allen Werktagen.
Bezugspreis: vierteljährlich 1.80 M.,
monatlich 60 Pfg. (ohne Fringerlohn).

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Mittwoch den 28. November 1917.

Eintrittspreis (publikum am voraus):
die sechsgeipolene Wettzettel oder deren
Stamm 16 Wfg., der Reflektant 40 Wfg.

10. Jahrg.

riegs- Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

November. In Flandern starker Artilleriekampf. Bei heftige, aber nur örtlich begrenzte Kämpfe. Die ersten Angriffe werden unter schweren Verlusten für den Feind abgewiesen. — Auf dem östlichen Mainufer beginnen die Angriffe. — Erfolgreiche Kämpfe zwischen Brenta und Piave.

November. Auf dem Schlachtfelde bei Cambrai brechen die neuen englischen Angriffe aus. Bei Bourlon 48 Offiziere und 800 Mann gefangen. — Die französischen Angriffe auf dem Ostufer der Maas scheitern. Zahlungsverluste bleiben als Gefangene in deutscher Hand. — Italienischen Gebirgskämpfen ergießen unsere Truppen

Das neue Preußen.

nach der Parlamentarisierung die Demokratisierung, dem Reiche der größte deutsche Bundesstaat — das alte Preußen! Mit einem Sprünge soll es aus den Händen des Dreiklassen- in einen Volksstaat des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrechts wandelt werden, und das Herrenhaus, das von den Gegnern überhaupt nicht mehr ernst genommen wird, soll ein völlig verändertes Aussehen erhalten. Die tiefen Schwingen kündigt sich die neue Zeit an. Die Schöpfung Friedrichs des Großen: alte Feudalverhältnisse sollen abgetragen und der Massenstrom des Lebens geleitet werden in die Schlagadern des preussischen

Das Gesamtwerk der drei Wahlrechts- und Verfassungsvorlagen, welche die Königlich-Preussische Regierung dem Landtag unterbreitet hat, ist durch kein sogenanntes „Gesetz“ untereinander verbunden worden, d. h. rein rechtlich betrachtet steht jede für sich allein als ein selbstständiger Entwurf da, so daß kein Hindernis bestünde, die einen anzunehmen, die andere abzulehnen, je nachdem die Mehrheit der Volksvertretung angebracht erscheinen würde. In Wirklichkeit jedoch haben wir es mit einer sorgfältig durchgeführten Neuordnung der Grundlagen des preussischen Verfassungslebens zu tun, deren einzelne Theile innerlich unauflöslich zusammenhängen. Jede wesentliche Änderung

den der drei Gesetze muß auch auf Inhalt und Zweck der beiden anderen zurückwirken, und erst wenn und in ihrer letzten, endgültigen Fassung vorliegen, daß jedes einzelne von ihnen seiner ganzen politischen Wirkung nach mit einiger Zuverlässigkeit abschätzen lassen. Es folgt, daß sie einer einheitlichen Durchberatung einer einheitlichen Verabschiedung bedürfen. Die Mehrheit am liebsten das Wahlgesetz für das Abgeordnetenhaus vorzunehmen — und alles andere der Kammer zur Entscheidung überlassen, die bereits auf dem gleichen Wahlrecht gewähnt werden soll. Das wird sie indessen schwerlich durchbringen.

dem Standpunkt der Liberalen und Sozialdemokraten
sehen, könnte freilich die eigentliche Wahlrechts-
frage ein bloc angenommen werden. Bietet sie doch
tatsächlich das nackte Reichstagswahlrecht für Preußen
mit der Bindung an eine dreijährige Staats-
angehörigkeit und einjährigen Wohnsitz in der Gemeinde
mit der Hinaufhebung des wahlfähigen Alters von
25 Jahre, wie es im Reich seit Jahr und
Tag ist. Absolute Stimmenmehrheit, Stich-
wahl, alles wie bei den Wahlen zum Reichstag
noch eine Verstärkung des Wahlrechts der nicht-
wählbaren Wahlkreise. Der sehr erheblichen, noch vor-
handenen Gefahr für ganz und gar unbenutzbar gehaltenen
Abwahlung der Schwergewichte im preussischen Staats-
parlament hin wurde eine sorgfältige Ausbalancierung
des Staatshaushalts durch die vorhandenen Kräfte hinzugefügt, wie sie
auch bestimungsgemäß in der ersten Kammer zu-
gegriffen zu werden obliegen.

... und wer über die Leistungen des preussischen Herrscherhauses sich seine eigene Meinung bewahrt hat, mußte doch auch anerkennen, daß es die geistigen und politischen Leistungen des preussischen Volkes in etwas einseitigeren, aber nicht minder: 116 erblich Verechtigten stehen 277 erblich berufenen Wohlgelehrten gegenüber; unter diesen die Inhaber der vier großen Landesämter in Preußen.

mit besonderem Allerhöchsten Vertrauen Berufene
sind zehn zugleich als Kronfundist bestellt waren.
Im 180 Mitglieder auf Grund von Präsentationen
der drei Vertreter der Domänen, acht Vertreter der
Landesverbände der Grafen, 18 Vertreter der Familien-
verbände der Grafen, 18 Vertreter der Familien-

Der Reichstag besteht aus 51 Vertretern der Bundesländer und 51 Mitglieder der Städte. Die Neuordnung hat nun eine Einschränkung der Zahl der erblich Verordneten und der Vertreter des alltagelassenen größeren Grundbesitzes, die bisher von den sogenannten Landschaften präsentiert wurden, unter gleichzeitiger Ausdehnung des Präsentationsrechts auf die 1866 mit den verbündeten Landesteile. Die Grafenverbände der großen Landesämter im Königreich Preußen und Konflikte werden im Herrenhaus nicht mehr vertreten sein. Zu zehn Vertretern der Reichsunmittelbaren

24 des Hochadels, 26 der sonstigen bevorrechteten Geschlechter kommen: 36 Bürgermeister, ebensoviel Vertreter des alten Grundbesizes, von Handel und Industrie, die alle für die Dauer ihres Amtes in die Erste Kammer berufen werden sollen; ferner 76 Vertreter der Selbstverwaltung, 84 Vertreter der großen Berufskände (Landwirtschaft, Handel und Industrie und Handwerk) und 32 Vertreter von Wissenschaft und Kirche, diese alle auf 12 Jahre; und endlich kraft besonderen königlichen Vertrauens ohne Präsentation von irgend einer Seite noch höchstens 150 Mitglieder. Insgesamt würde danach das Herrenhaus aus 510 Mitgliedern bestehen können. Die alten Vorrechte werden eingeschränkt, die werktätige Arbeit in Stadt und Land erhält, nach Berufen geordnet, ihre wohl abgemessene Vertretung, und die Einmütigung des Landesherren auf die Zusammenlegung der Kammer wird zahlenmäßig begrenzt, während sie bisher, wenigstens der Theorie nach, dazu dienen konnte, ein widerpenfliches Haus unter Umständen gefügig zu machen. Die Arbeiter als solche sind bei dieser Einkreisverteilung nicht berücksichtigt; vielleicht in der Erwägung, daß sie bei ihrem geschlossenen Auftreten mit der Waffe des gleichen Wahlrechts sich schon in der zweiten Kammer genügend zur Geltung bringen werden.

Dem so wünderbaren Herrenhause soll dann auch durch den dritten Gesetzeswurf ein verklärtes Staats- und Budgetrecht eingeräumt werden, während es bisher dem Abgeordnetenhaus gegenüber in dieser Beziehung erheblich in den Schatten gestellt war. Danach glaubte dann die königliche Staatsregierung die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen mit gutem Gewissen wagen zu können.

Wird nun die Arbeit der Partelen, die bald einfeilen wird, unter dem Zeichen des Burgfriedens stehen? Zu wünschen wäre es auf das dringlichste, zu hoffen ist es schwerlich. Mögen die neuen Männer, die das Steueruder des preussischen Staates in die Hand genommen haben, in den kommenden Wochen und Monaten zeigen, daß sie entschlossen sind, den als richtig erkannten Weg unbehindert und mit festem Willen zur Aufrechterhaltung ihrer Führerschaft zu gehen.

Dr. Sy.

Die Wahlreform und die Parteien.

r. Berlin, 26. November.

Die gesamte Presse bekräftigt sich natürlich eingehend mit den drei Vorklagen, die die „Reorientierung“ im Breußen auf eine gesetzliche Grundlage stellen sollen. Dabei fällt dem unbefangenen Beobachter vor allem auf, daß eigentlich kein Blatt uneingeschränkt aufrieden ist. Gewiß, die Blätter der Reichstagsmehrheit sind im großen und ganzen mit der preussischen Wahlreform einverstanden, und die Zeitungen der äußersten Linken wie die Organe der bürgerlichen Parteien stimmen überwiegend der Vorlage zu. Immerhin werden hier wie dort mancherlei Vorbehalte gemacht. Auf der Linken, wo man die Einführung des geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts selbstverständlich als großen Fortschritt begrüßt, bekämpft man vom Grundab des allgemeinen Wahlrechts die Bestimmung, daß die Ausübung des Wahlrechts von einem einjährigen Aufenthalt im Wahlorte abhängig gemacht werden soll, und einige Zeitungen verlangen im Interesse der vielen Wähler, die von Berufs wegen zu häufigem Wohnungswechsel gezwungen sind, unter allen Umständen die Aufhebung dieser Bestimmung. Endlich wird auch von der Linken allgemein getadelt, daß das wahlfähige Alter von 24 auf 25 Jahre erhöht worden ist und es wird gewünscht, daß das Alter auf 21 bis 22 Jahre herabgesetzt wird.

Auf der andern Seite macht sich, wie nicht anders zu erwarten war, eine starke Gegnerschaft gegen die Wahlreform geltend. Die Blätter, die seit je eine weitgehende Wahlrechtsänderung bekämpft haben, vertreten natürlich auch jetzt ihren Standpunkt. Gleichwohl ist man an eingeweihter Stelle der Überzeugung, daß die Mehrheitsparteien im Abgeordnetenhaus trotz ihrer bisherigen grundsätzlichen Gegnerschaft die Wahlreformvorlage nicht ohne weiteres ablehnen werden. Aber auch in Kreisen, die einer Wahlreform an sich nicht abgeneigt sind, wird tadelnd vermerkt, daß man ohne weiteres zum Reichstagswahlrecht gegriffen und dieses nicht — zum Schutz der Minderheiten — durch Listen- und Verhältniswahl den besondern Verhältnissen in Preußen angepasst hätte. Ein Organ der Rechten erklärt, nach Begründung der grundsätzlichen Gegnerschaft, daß die Parteien, die sich in erster Linie für die Zukunft des preussischen Staates und der preussischen Monarchie verantwortlich fühlen, der Regierung auf dem beschränkteren Wege laun werden folgen können. Es muß damit gerechnet werden, daß um das Wahlgesetz ein heftiger Meinungsstreit entbrennen wird.

Aber nicht nur um das Wahlrecht, auch um die anderen beiden Gelezwürde wogt bereits der Meinungsstreit. Die Organe der Linken hemdängeln, daß dem Herrenhause erweiterte Befugnisse zugebilligt werden, während dem Abgeordnetenbause verjagt kein soll, neue Ausgaben in den Etat einzustellen und die angesehten zu erhöhen. Endlich wird auch die Vorlage des Herrenhaus betreffend in diesen Blättern scharf kritisiert, weil man eine Vertretung der mittleren und unteren Beamten, der Betriebsbeamten, der freien Berufe, der Künstler, der Angestellten

und der Reichstag in der ersten Kammer vernimmt. Kurz, ein Überblick über die Gesamtheit der Pressestimmen läßt erkennen, daß um die Reformvorlage heisse Kämpfe entbrennen werden, die schon jetzt in der Presse mit Leidenschaft eröffnet worden sind.

Politische Rundschau.
Deutsches Reich.

* Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, der in Berlin zusammengetreten ist, soll sich, wie verschiedene Gerüchte behaupten, auch mit der von der Leninischen Regierung angekündigten Veröffentlichung der russischen Geheimverträge beschäftigen. Wie dazu von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, war die Ausschüttung schon anberaumt, bevor überhaupt Lenin die Veröffentlichung der Geheimverträge angekündigt hatte. Der Ausschuß wird alle in sein Arbeitsfeld fallenden auswärtigen Fragen beraten. Es ist daher möglich, daß er sich auch mit der Veröffentlichung der Geheimverträge beschäftigen wird.

Oesterreich-Ungarn.

✱ Über den Wiederaufbau der österreichischen Flotte führt der Generallinienkapitän für Kriegs- und Übergangswirtschaft Niede im Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses aus: „Neben der Vorsorge für die nötigen Verstellungsarbeiten in unseren Häfen, denen im Laufe der Zeit Neubauten folgen sollen, muß schon jetzt auf die Sicherung des Schiffsraumes nach Friedensschluß Bedacht genommen werden. Schon in der nächsten Zeit sollen alle Schiffahrtsunternehmungen in zwei Schiffahrtsverbände zusammengefaßt werden, in deren Rahmen der Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Handelsmarine und den allgemeinen wirtschaftlichen Interessen bewerkstelligt werden wird. Für die Vergrößerung der Tonnage sind verschiedene Maßnahmen getroffen.“

Dänemark.

* In den Gerüchten von einer neutralen Friedensvermittlung, die angeblich auf Veranlassung der dänischen Sozialisten vom Minister des Äuheren Scavenius demnächst angeregt werden soll, erklärt der Minister, daß eine solche Aufforderung von den Sozialisten nicht an ihn gerichtet worden sei. Er setzte hinzu, daß er in Übereinstimmung mit dem Standpunkt der Regierung bei früherer Gelegenheit erklären müsse, daß die Regierung gegenwärtig nicht in der Lage sei, derartige Schritte zu unternehmen.

Dolen.

ut/duer

Erlebte Jan Kucharszewski ein in Polen bekanntes
Historiker und Politiker. Er wurde 1878 in Białystok Maso-
wieckie geboren und ging nach beendetem juristischen Studium
an der Warschauer Universität nach Deutschland, wo er
hauptsächlich in Leipzig und Göttingen seine weitere
Ausbildung erhielt. Seine „Anfänge des Erbrechts“
lenkten die Augen der wissenschaftlichen Kritik auf
den jungen Gelehrten. 1906 ließ Kucharszewski sich als
Rechtsanwalt in Warschau nieder. Aus dieser Zeit stammen
seine Arbeiten über den „Juristischen Sozialismus“ und
„Nationalität und Staat“. Eine angeborene Neigung zog
ihn jedoch bald zur Geschichte, und gerade auf diesem Ge-
biet zeigte sich sein Talent in vollem Licht. Der Aus-
bruch des Krieges traf Kucharszewski in Lausanne,
wo er zum Mittelpunkt der die rassenfreund-
lichen Umtriebe bekämpfenden polnischen Politik wurde.
Im Frühling dieses Jahres kehrte Kucharszewski,
der ein glänzender Redner ist, nach Warschau
zurück. Mit der Einsetzung des Regenschatrates wurde
er zum Kron-Referendar ernannt, um jetzt der Bildung
und Leitung des ersten polnischen Kabinetts zu übernehmen.

Schweiz.

* Die Verbesserung der Lebensbedingungen der Gefangenen war Gegenstand einer Beratung der neutralen europäischen Organisationen des Roten Kreuzes. Die Konferenz, die vom 11.—14. September in Genf tagte und aus der Schweiz, aus Spanien, Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden besetzt war, beschloß, den Austausch der am längsten in Gefangenschaft befindlichen Leute in möglichst großem Umfange durchzuführen und das Rot der nicht ausgetauschten Zivilgefangenen durch Schaffung befriedigender Unterkunftsräume, Austausch und Internierung der Kranken usw. zu erleichtern.

* Über die Stellung der Schweiz im Weltkriege hielt Bundesrath Calandray eine großangelegte Rede auf dem Parteitag der freisinnig-demokratischen Partei. Er betonte, daß jeder Staat, der schweizerisches Gebiet verletzen würde, der Feind der Schweiz sei, gegen den sie mit der gesamten Mittelmächte Krieg führen würde. Die wirtschaftliche Krise schilderte der Redner als außerordentlich ernst. Er halte es als für unmöglich, daß eine der Großmächte durch Abgrenzung der Zufuhr die Schweiz dem wirtschaftlichen Ruin oder der Hungersnot preisgeben werde.

Frankreich.

x Die Angelegenheit Malton führte zu bewegten Debatten in der Kammerkommission, die über den Antrag

Malow, die Anklagen seiner politischen Gegner vor dem Staatsgerichtshof zum Ausdruck zu bringen, entschied. Im Namen der Sozialisten beantragte Renaudel und Sembat zunächst, Malow vor der Kommission zu vernehmen und dann auch die Vernehmung Clemenceaus und Doudelets zu veranlassen. Alle drei Anträge wurden mit schwacher Mehrheit abgelehnt, worauf die Sozialisten den Saal verließen, nachdem sie ihren Protest dagegen zu Protokoll gegeben hatten. Die sozialistische Fraktion wird sich an den Verhandlungen der Kommission nicht mehr beteiligen. Die Kommission beschloß schließlich, dem Antrag entsprechend selbst die Anklage gegen den Exminister vor dem Staatsgerichtshof zu erheben, ohne zuvor Malow zu vernehmen.

Spanien.

× Gegenüber den amerikanischen Ablehnungen von Truppenlandungen auf den Azoren weisen die spanischen Blätter auf die ungeheuren Transportzüge hin, die bei den Azoren liegen und nach Lissabon weitergehen sollen, was unangenehm berührt. „Nation“ fordert die sofortige Rohbilmachung Spaniens, falls die Amerikaner in Portugal landen sollten. „Correo Espanol“ behandelt eingehend die Bündnisfrage. Spaniens Zukunft liege in Marokko, Gibraltar und in Portugal. Hier sei der englisch-amerikanische Verband überall sein Gegner, weshalb Spaniens Anschließung an die Mittelmächte geboten sei.

Aus In- und Ausland.

München, 26. Nov. Königlich-königliche Verfügung vom 2. November wurde die Dauer des Landtages bis einschließlich 3. April 1918 verlängert.

Warschau, 26. Nov. Der politische Regimentsrat bereitet eine Duldigungsadresse an den Papst vor.

Saag, 26. Nov. Nach einer Erklärung des Ministers des Auswärtigen sollen die Dokumente zur Sand- und Kiesfrage im Laufe der nächsten Woche der Kammer vorgelegt werden.

Veröffentlichung der Geheimverträge.

Neue Waffenstillstandsverhandlungen?

Die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht eine Anzahl der geheimen Dokumente, die zwischen Rußland und den Alliierten gewechselt wurden. Danach forderte Rußland seinerzeit Konstantinopel, die Küste zu beiden Seiten des Bosporus, des Marmara-Meeres, der Dardanellen, den Süden von Thracien bis zur Linie Enos-Midia, die Inseln Imbros und Tenedos. Die Alliierten dagegen verlangten, daß Konstantinopel frei bleiben oder eine neutrale Zone bilden und daß Rußland dem britischen Einfluß unterstellt werden sollte. Rußland sollte der französischen Forderung auf Rückeroberung Syrien-Libanon und der belarussischen (so!) Gegenden des linken Rheinufers zustimmen. Rußland forderte, daß gewisse Gebiete von Deutschland zu einem neutralen Staat gemacht werden sollten.

Kerenski verzichtet.

Der Petersburger „Dien“ meldet, daß Kerenski das Ministerpräsidentenamt und den Oberbefehl niedergelegt und seine Vollmachten der vorläufigen Regierung zurückgegeben hat.

Friedensverhandlungen der Frontheere?

Der ausländische Pressenvertreter der Bolschewiki an der schwedischen Grenze hat ein amtliches Telegramm aus Petersburg erhalten, wonach der Oberkommandierende, General Duchonin, deshalb verhaftet worden ist, weil er sich geweigert hatte, den Vorschlag des Waffenstillstandes der ganzen Front zu übermitteln. Die Regierung wies die verschiedenen Frontheere an, selbst auf der ganzen Front die Friedensverhandlungen einzuleiten.

Heer und Flotte für die Bolschewiki.

Nach einem amtlichen Telegramm aus Petersburg stehen jetzt auf Seite der neuen Regierung der Bolschewiki: Die

gesamte Armee und Flotte sowie der ganze nördliche, westliche und südwestliche Teil des Reiches mit den Städten Petersburg, Moskau, Charkow, Kiew und Odessa sowie das ganze Uralgebiet und Sibiren. Von den Fronten kommen Hunderte von Abgeordneten, die die Mitteilung vollständiger Einigkeit mit der neuen Regierung überbringen.

Die Wahlen zur Konstituante.

Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung haben nach russischen Blättern bei der Flotte stattgefunden und beim Heere begonnen. In den Städten finden die Wahlen am 12. November alten Stils statt. Die bürgerlichen Parteien wollen sich nicht unterwerfen, sondern verüben überall Sabotage, wo dies möglich ist, und setzen ihre Hoffnung immer noch auf Kaledin.

Die Lage in Finnland.

Der Generalkrieg in Finnland ist beigelegt; das Leben nimmt wieder seinen normalen Verlauf. Trotzdem ist die Lage noch immer ungelöst. Der Landtag ist mit Ausschusswahlen beschäftigt. Ein Senat ist nicht vorhanden. Die Rote Garde, die einem geheimen Revolutionsausschuß untersteht, setzt die Verhaftungen fort. Man hofft indessen, daß es zu einer Einigung aller Parteien kommt, wenn erst die Unabhängigkeit Finnlands endgültig gewährleistet ist. — Nach Stockholmer Berichten herrscht — im Gegensatz zu diesen Meldungen — in ganz Finnland zunehmende Anarchie. Verhaftungen, Plünderungen und Gewalttaten sind an der Tagesordnung. In Helsinki wurden bisher 44 Menschen ermordet. Die Sozialisten sind nicht mehr Herren der Lage. Die Hälfte des Volkes gehorcht keiner Autorität mehr. Die finnische Staatskasse ist geleert bis auf 7 Millionen, den Ertrag von verkauften Staatswäldern, aber auch diese sind bald verbraucht. Zu allem kommt der immer bedrohlicher werdende Mangel an Lebensmitteln.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB Großes Hauptquartier, 27. Nov. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern nahm die Artilleriekämpfe zwischen dem Southouster Walde und Zandvoorde am Nachmittag wieder große Heftigkeit an. In einzelnen Abschnitten des Schlachtfeldes südwestlich von Cambrai tagsüber starker Feuerkampf. Unter dem Schutze der Dunkelheit bereitgestellte englische Infanterie griff am Abend Dorf und Wald Bourlon an. In schwerem Nahkampf wurde sie zurückgeworfen. Die Vorkämpfer blieben auf der ganzen Schlachtfeldfront reger.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz. Nördlich von Brunay wurde ein französischer Vorstoß im Grabenkampf abgewiesen. Auf dem östlichen Maasufer war die Gefechts-tätigkeit tagsüber mäßig. Am Abend trat zwischen Samogneux und Beaumont und bei Versoit von Ornes erhebliche Feuersteigerung ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. An der Combresshöhe und zwischen St. Mihiel und Pont à Mousson lebte das Feuer zeitweilig auf.

Westlicher Kriegsschauplatz und Mazedonische Front. Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Bubendorff.

London, 26. Nov. Nach dem amtlichen Deeresbericht muhten sich die britischen berittenen Truppen, die sich Beitunia näherten, durch starken Gegenangriff gezwungen, zurück-ziehen.

Weitere U-Boot-Erfolge.

WTB Berlin, 25. Nov. (Amtlich.)

Neue U-Boote auf dem nördlichen Atlantik: 20000 B.-K.-T. Unter den versenkten befanden sich zwei große, tief beladene Dampfer, denen eine Munition geladen hatte.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Oertliche und Provinznachrichten.

Sachsenburg, 27. Nov.

§ Verbot des Tragens von Waffen. Stellvertretende Generalkommando des 18. Armee-korps hat bestimmt: Das Tragen von Stoß-, Pfeil- und waffen ist verboten. Besondere Ausnahmen finden über die Erteilung des Waffenscheines befindet die polizeibehörde des Wohnortes. Zuwiderhandeln werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei liegen mildernden Umständen mit Haft oder mit Geld bis zu 1500 Mark bestraft.

Aus Rastau, 27. Nov. Der Viehhandelsver- den Regierungsbezirk Wiesbaden hat verordnet vom 15. Dezember d. J. ab auch der Ferkeln im Lebendgewicht unter 25 Kilogramm Händlern, die sich im Besitz einer Ausweiskarte be- betrieben werden darf. Zugelassen werden die bereits vor dem 1. Juli 1914 nachweis- Ferkeln gehandelt haben.

Wissen, 27. Nov. Ein schwerer Einbruch wurde in der Nacht von Samstag auf Sonntag in das hiesige Krankenhaus, in welchem seit Kriegsbeg- das Vereinslazarett untergebracht ist, verübt. Die drangen von außen unter Durchbruch von Ställen durch ein Fenster in den Kellerraum entwandten dort Lebensmittel, wie Butter, Fleisch, Schinken, Wurst und Brot im Werte von 100 Mark. Das dort lagernde Roggenbrot liefen während sie das Krankenzimmer mitgenommen. Auch an verschiedenen anderen Stellen wurden Einbrüche verübt.

Kassel, 27. Nov. Zwei Güterzüge sind gestern mittag auf der Bahnstrecke Kassel—Bebra—Berlin Güntershausen und Coghagen zusammengestoßen. Die Güterwagen wurden zertrümmert. Die Bahn Thüringen—Berlin ist gesperrt. Die Entstehung des Zusammenstoßes ist auf das Zerreißen einer Lokung zurückzuführen.

Köln, 27. Nov. Aus Anlaß verschiedener ruhiger Nachrichten über größere Diebstahl- Röhler Bahnhöfen teilt die Eisenbahndirektion mit: Es handelt sich um Verabreichung von zwei Mehl und Entwendung von Sprit aus Waggons auf dem Bahnhof Rast-Nord. Des Diebstahls sind außer dritten Personen, welche das gestohlene abgenommen haben sollen, eine Reihe von bediensteten, deren Zahl sich auf insgesamt 1100 oder bei weitem nicht diejenige erreicht, die der Teil der Presse angegeben wurde. Die Befehl befinden sich in Haft. Die gerichtliche Untersuchung im Gange. Auf Bahnhof Köln-Eifelhof sind Zeit Diebstahl oder Veruntreuungen in größter fange nicht vorgekommen.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhölzel in Sachsenburg.

Marienberg, den 9. Nov. 1917.

Bei den jetzt beginnenden Hauschlachtungen mache ich nochmals besonders darauf aufmerksam, daß ich denjenigen Landwirten, die ihre Butter- und Eierablieferungsfrist in nicht genügender Weise während des Jahres erfüllt haben, die Genehmigung zur Vor-nahme einer Hauschlachtung nicht erteilen werde.

In einer Reihe von Gemeinden wird, worauf ich bereits früher hingewiesen habe, die Ablieferungsfrist hinsichtlich der Butter in durchaus ungenügender Weise erfüllt. Ich mache deshalb jetzt schon darauf aufmerksam, daß ich diese Gemeinden für Hauschlachtungen auf eine längere Zeit vollständig sperren werde. Es bleibt diesen Gemeinden, deren Namen ich im Kreisblatt veröffentlichte, alsdann überlassen, mindestens zwei Monate lang um das Aufheben der Sperre zu bemühen, die nach der Feststellung der Milchcommissoren aufkommen muß. Nichtzufriedenheit wird die Hauschlachtung gestattet, bei Vorlage einer Bescheinigung des Ortsbürgermeisters, daß sie keine Ruhe halten. Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Thon.

Wird veröffentlicht.

Sachsenburg, den 26. 11. 1917. Der Bürgermeister.

Große Auswahl in Zahnbürsten, Zahnpulver und Zahnpasten

bei Karl Dasbach, Drogerie, Sachsenburg.

Die Abgabe des Fleisches erfolgt in dieser Woche wie nachstehend angegeben.

Am die Einwohner der Stadt: Freitag den 30. November 1917

vormittags	8-9 Uhr	an die Inhaber der Fleischkarten mit den Nrn.	301-350
	9-10	" " " "	" " " "
	10-11	" " " "	" " " "
	11-12	" " " "	" " " "
nachmittags	1-2	" " " "	" " " "
	2-3	" " " "	" " " "
	3-4	" " " "	" " " "
	4-5	" " " "	" " " "
	5-6	" " " "	" " " "
	6-7	" " " "	" " " "

und zwar bei dem Bürgermeister Groß hier.

Die Abgabe an die Landbevölkerung erfolgt bei dem Bürgermeister Krämer hier, am 30. November 1917 von 9 Uhr vormittags ab.

Es wird ersucht, pünktlich zur angelegten Stunde, aber auch nicht früher zu erscheinen, da strenge Reihenfolge innegehalten wird, um unnötiges Warten der Käufer zu vermeiden.

Sachsenburg, den 28. 11. 1917.

Der Bürgermeister.

Fleischkartenausgabe

Donnerstag, den 29. November d. J. in der

Nr.	1-150	von nachm.	1-2 Uhr
"	151-300	"	2-3 "
"	301-450	"	3-4 "
"	451-Schluss	"	4-4 1/2 "

Sachsenburg, den 28. 11. 1917. Der Bürgermeister.

Habe zwei prima Hammel abzugeben.

Befichtigung hier. Gillebrand, Schafmeister, Sachsenburg.

Briefpapier und Umschläge 5/5 in Rappen verschiedener Güte empfiehlt

Ch. Kirchhölzel, Sachsenburg.

Ein Mädchen zu Weihnachten

Hotel Schenke

Sachsenburg

Tüchtiges Mädchen oder Frau ev. für

gesucht. Wo, sagt

schäftsstelle d. Bl.

Einen ordentlichen

Hausbur

sucht sofort

Hotel zur

Sachsenburg

Spinnro

möglichst mit

taufen gesucht.

Gef. Angebots

angabe an Ludwig

Burbach i. B.

Karl Dasbach, Sachsenburg.

Erzähler vom Westerwald

Hachener Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölz in Hachenburg.

der achteitigen Wochenbeilage
Zusätzliches Sonntagsblatt.
Hachener Nachrichten:
Hachener Nachrichten, Fernruf Nr. 72

278 Hachenburg, Mittwoch den 28. November 1917. 10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.
November. In Mlandern starker Artilleriekampf. Bei heftigen, aber nur örtlich begrenzten Kämpfen. Die neuen englischen Angriffe zusammen. Bei Bourlon 8 Offiziere und 800 Mann gefangen. — Die französischen Angriffe auf dem Oiseufer der Maas scheitern. Zahlreiche Gefangene in deutscher Hand. — Italienische Gebirgskämpfe erzielen unsere Truppen

Das neue Preußen.

Nach der Parlamentarisierung die Demokratisierung. Das Reich der größten deutschen Bundesstaat — das alte Preußen. Mit einem Sprunge soll es aus dem Reich der drei Klassen in einen Volksstaat des allgemeinen, gleichberechtigten und geheimen Wahlrechts umgewandelt werden, und das Herrenhaus, das von Gegnern überhaupt nicht mehr ernst genommen wird, soll ein völlig verändertes Aussehen erhalten. Die Schöpfung Friedrichs des Großen: alte Provinzen sollen abgetragen und der Massenstrom des Lebens geleitet werden in die Schlagadern des preussischen Gesamtwerks der drei Wahlrechts- und Verfassungsvorlagen, welche die königliche Staatsregierung dem Reichstag unterbreitet hat, ist durch kein sogenanntes Gesetz untereinander verbunden worden, d. h. rein betrachtet steht jede für sich allein als ein selbstständiger Entwurf da, so daß kein Hindernis besteht, die eine anzunehmen, die andere abzulehnen, je nachdem die Mehrheit der Volksvertretung angebracht erscheinen mag. In Wirklichkeit jedoch haben wir es mit einer sorgfältig geplanten Neuordnung der Grundlagen des preussischen Staatslebens zu tun, deren einzelne Teile innerlich untrennbar zusammengehören. Jede wesentliche Änderung in einer der drei Gesetze muß auch auf Inhalt und Wirkung der beiden anderen zurückwirken, und erst wenn alle in ihrer letzten, endgültigen Fassung vorliegen, kann jedes einzelne von ihnen seiner ganzen politischen Wirkung nach mit einiger Zuverlässigkeit abschätzen lassen. Es folgt, daß sie einer einheitlichen Durchberatung und einer einheitlichen Verabschiedung bedürfen. Die Wünsche am liebsten das Wahlgesetz für das Abgeordnetenhaus vorzunehmen — und alles andere der Kammer zur Entscheidung überlassen, die bereits auf dem gleichen Wahlrecht gewählt werden soll. Daß sie indessen schwerlich durchdringen. Vom Standpunkt der Liberalen und Sozialdemokraten gesehen, könnte freilich die eigentliche Wahlrechtsfrage en bloc angenommen werden. Bietet sie doch den Tat das nächste Reichstagswahlrecht für Preußen mit der Bindung an eine dreijährige Staatsbürgerigkeit und einjähriges Wohnsitz in der Gemeinde mit der Einnahme des wahlfähigen Alters von 25 Jahre, wie es im Reich seit Jahr und Tag besteht ist. Absolute Stimmenmehrheit. Stichwahl, alles wie bei den Wahlen zum Reichstag; noch eine Verstärkung des Wahlrechts der dichteren Wahlkreise. Der sehr erheblichen, noch vor halben Jahre für ganz und gar unbedenklich gehaltenen Forderung der Schwergewichte im preussischen Staatsleben nach links hin wurde eine sorgfältige Ausbalancierung im Staat vorhandenen Kräfte hinzugefügt, wie sie in der bestmöglichen Weise in der ersten Kammer zu veranschaulichen zu werden pflegen. Auch über die Leistungen des preussischen Herrenhauses hat sich seine eigene Meinung gebildet, mußte doch anerkennen, daß es die geistigen und politischen Leistungen des preussischen Volkes in etwas einseitiger Weise widerspiegelt: 115 erblich Berechtigten stehen 272 Lebenszeit berufene Mitglieder gegenüber; unter die Inhaber der vier großen Landesämter in Preußen aus besonderem Allerhöchsten Vertrauen Berufene, denen zehn zugleich als Kronsyndikate bestellt waren, 180 Mitglieder auf Grund von Präsentationen, drei Vertreter der Domänen, acht Vertreter der Familienverbände der Grafen, 18 Vertreter der Familienverbände, 90 Vertreter der Verbände des alten und des neuen Grundbesitzes, 10 Vertreter der Landesuniversitäten und 51 Mitglieder der Städte. Die Neuordnung des Wahlrechts, die bisher von den sogenannten Landstättigen präsentiert wurden, unter gleichzeitiger Ausübung des Präsentationsrechts auf die 1886 mit dem Reich verbundenen Landesteile. Die Grafenverbände, die großen Landesämter im Königreich Preußen und Domänen werden im Herrenhaus nicht mehr vertreten sein. Zu acht Vertretern der Reichsunmittelbaren.

24 des Hochadels, 26 der sonstigen bevorrechteten Geschlechter kommen: 36 Bürgermeister, ebenso viele Vertreter des alten Grundbesitzes, von Handel und Industrie, die alle für die Dauer ihres Amtes in die Erste Kammer berufen werden sollen; ferner 76 Vertreter der Selbstverwaltung, 84 Vertreter der großen Berufsstände (Landwirtschaft, Handel und Industrie und Handwerk) und 32 Vertreter von Wissenschaft und Kirche, diese alle auf 12 Jahre; und endlich kraft besonderen königlichen Vertrauens ohne Präsentation von irgendeiner Seite noch höchstens 150 Mitglieder. Insgesamt würde danach das Herrenhaus aus 510 Mitgliedern bestehen können. Die alten Vorrechte werden eingeschränkt, die werktätige Arbeit in Stadt und Land erhält, nach Berufen geordnet, ihre wohl abgemessene Vertretung, und die Einwirkung des Landesherren auf die Zusammensetzung der Kammer wird zahlenmäßig begrenzt, während sie bisher, wenigstens der Theorie nach, dazu dienen konnte, ein widerpenstiges Haus unter Umständen herzustellen. Die Arbeiter als solche sind bei dieser Einflussverteilung nicht berücksichtigt; vielleicht in der Erwägung, daß sie bei ihrem geschlossenen Auftreten mit der Masse des gleichen Wahlrechts sich schon in der zweiten Kammer genügend zur Geltung bringen werden. Dem so veränderten Herrenhaus soll dann auch durch den dritten Gesetzentwurf ein verändertes Staats- und Budgetrecht eingeräumt werden, während es bisher dem Abgeordnetenhaus gegenüber in dieser Beziehung erheblich in den Schatten gestellt war. Danach glaubte dann die königliche Staatsregierung die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen mit gutem Gewissen wagen zu können. Wird nun die Arbeit der Parteien, die bald einsetzen wird, unter dem Zeichen des Bürgerfriedens stehen? Zu wünschen wäre es auf das dringlichste, zu hoffen ist es schwerlich. Mögen die neuen Männer, die das Steuerrohr des preussischen Staates in die Hand genommen haben, in den kommenden Wochen und Monaten zeigen, daß sie entschlossen sind, den als richtig erkannten Weg einzuschlagen und mit festem Willen zur Aufrechterhaltung ihrer Führerschaft zu gehen.

Die Wahlreform und die Parteien.

7. Berlin, 26. November.
Die gesamte Presse beschäftigt sich natürlich eingehend mit den drei Vorlagen, die die „Reorientierung“ in Preußen auf eine gesetzliche Grundlage stellen sollen. Dabei fällt dem unbefangenen Beobachter vor allem auf, daß eigentlich kein Blatt uneingeschränkt zufrieden ist. Gewiß, die Blätter der Reichstagsmehrheit sind im großen und ganzen mit der preussischen Wahlreform einverstanden, und die Zeitungen der äußersten Linken wie die Organe der bürgerlichen Parteien stimmen überwiegend der Vorlage zu. Immerhin werden hier wie dort mancherlei Vorbehalte gemacht. Auf der Linken, wo man die Einführung des geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts selbstverständlich als großen Fortschritt begrüßt, bekämpft man vom Grundsatze des allgemeinen Wahlrechts die Bestimmung, daß die Ausübung des Wahlrechts von einem einjährigen Aufenthalt am Wahlorte abhängig gemacht werden soll, und einige Zeitungen verlangen im Interesse der vielen Wähler, die von Berufs wegen zu häufigem Wohnortwechsel gezwungen sind, unter allen Umständen die Aufhebung dieser Bestimmung. Endlich wird auch von der Linken allgemein getadelt, daß das wahlfähige Alter von 24 auf 25 Jahre erhöht worden ist und es wird gewünscht, daß das Alter auf 21 bis 22 Jahre herabgesetzt wird. Auf der anderen Seite macht sich, wie nicht anders zu erwarten war, eine starke Gegnerschaft gegen die Wahlreform geltend. Die Blätter, die seit je eine weitgehende Wahlrechtsänderung bejaht haben, vertreten natürlich auch jetzt ihren Standpunkt. Gleichwohl ist man an einer geweihten Stelle der Überzeugung, daß die Mehrheitsparteien im Abgeordnetenhaus trotz ihrer bisherigen grundsätzlichen Gegnerschaft die Wahlreformvorlage nicht ohne weiteres ablehnen werden. Aber auch in Kreisen, die einer Wahlreform an sich nicht abgeneigt sind, wird tadelnd bemerkt, daß man ohne weiteres zum Reichstagswahlrecht gegriffen und dieses nicht — zum Schutz der Minderheiten — durch Listen- und Verhältniswahl den besonderen Verhältnissen in Preußen angepasst hätte. Ein Organ der Rechten erklärt, nach Begründung der grundsätzlichen Gegnerschaft, daß die Parteien, die sich in erster Linie für die Zukunft des preussischen Staates und der preussischen Monarchie verantwortlich fühlen, der Regierung auf dem beschrittenen Wege kaum werden folgen können. Es muß damit gerechnet werden, daß um das Wahlgesetz ein heftiger Meinungsstreit entbrennen wird. Aber nicht nur um das Wahlgesetz, auch um die anderen beiden Gesetzentwürfe wagt bereits der Meinungsstreit. Die Organe der Linken bemängeln, daß dem Herrenhaus erweiterte Befugnisse zugesprochen werden, während dem Abgeordnetenhaus verweigert sein soll, neue Ausgaben in den Etat einzustellen und die angelegten zu erhöhen. Endlich wird auch die Vorlage des Herrenhaus betreffend in diesen Blättern scharf kritisiert, weil man eine Vertretung der mittleren und unteren Beamten, der Privatbeamten, der freien Berufe, der Künstler, der Angestellten

und der Arbeiter in der ersten Kammer vermisst. Kurz, ein Überblick über die Gesamtheit der Pressestimmen läßt erkennen, daß um die Reformvorlage heisse Kämpfe entbrennen werden, die schon jetzt in der Presse mit Leidenschaft eröffnet worden sind.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.
* Der Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten, der in Berlin zusammengetreten ist, soll sich, wie verschiedene Gerüchte behaupten, auch mit der von der Leninischen Regierung angekündigten Veröffentlichung der russischen Geheimverträge beschäftigen. Wie dazu von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, war die Ausschussung schon anberaumt, bevor überhaupt Lenin die Veröffentlichung der Geheimverträge angekündigt hatte. Der Ausschuss wird alle in sein Arbeitsfeld fallenden auswärtigen Fragen beraten. Es ist daher möglich, daß er sich auch mit der Veröffentlichung der Geheimverträge beschäftigen wird.
Österreich-Ungarn.
* Über den Wiederaufbau der österreichischen Flotte führte der Generalkommissar für Kriegs- und Übergangswirtschaft Riedl im Budgetausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses aus: Neben der Vorförderung für die nötigen Herstellungskosten in unseren Häfen, denen im Laufe der Zeit Neubauten folgen sollen, muß schon jetzt auf die Sicherung des Schiffsraumes nach Friedensschluß Bedacht genommen werden. Schon in der nächsten Zeit sollen alle Schiffahrtsunternehmungen in zwei Schiffahrtsverbände zusammengefaßt werden, in deren Rahmen der Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Handelsmarine und den allgemeinen wirtschaftlichen Interessen bewerkstelligt werden wird. Für die Vergrößerung der Tonnage sind verschiedene Maßnahmen getroffen.
Dänemark.
* Zu den Gerüchten von einer neutralen Friedensvermittlung, die angeblich auf Veranlassung der dänischen Sozialisten vom Minister des Äußeren Scavenius demnächst angeregt werden soll, erklärt der Minister, daß eine solche Aufforderung von den Sozialisten nicht an ihn gerichtet worden sei. Er setzte hinzu, daß er in Absprache mit dem Standpunkt der Regierung bei früherer Gelegenheit erklären müsse, daß die Regierung gegenwärtig nicht in der Lage sei, derartige Schritte zu unternehmen.
Polen.
* Der zum ersten polnischen Ministerpräsidenten aufgestiegene Jan Ruzarski ist ein in Polen bekannter Historiker und Politiker. Er wurde 1876 in Wajoske Mazowiec geboren und ging nach beendetem juristischen Studium an der Warschauer Universität nach Deutschland, wo er hauptsächlich in Leipzig und Göttingen seine weitere Ausbildung erhielt. Seine „Anfänge des Rechts“ lenkten die Augen der wissenschaftlichen Kritik auf den jungen Gelehrten. 1906 ließ Ruzarski sich als Rechtsanwalt in Warschau nieder. Aus dieser Zeit stammen seine Arbeiten über den „Juristischen Sozialismus“ und „Nationalität und Staat“. Eine angeborene Neigung zog ihn jedoch bald zur Geschichte, und gerade auf diesem Gebiet zeigte sich sein Talent in vollem Licht. Der Ausbruch des Krieges traf Ruzarski in Lausanne, wo er zum Mittelpunkt der die russenfreundlichen Umtriebe bekämpfenden polnischen Politik wurde. Im Frühjahr dieses Jahres lehrte Ruzarski in Warschau, der ein glänzender Redner ist, nach Warschau zurück. Mit der Einsetzung des Regimentsrates wurde er zum Kronreferendar ernannt, um jetzt der Bildung und Leitung des ersten polnischen Kabinetts zu übernehmen.
Schweiz.
* Die Verbesserung der Lebensbedingungen der Gefangenen war Gegenstand einer Beratung der neutralen europäischen Organisationen des Roten Kreuzes. Die Konferenz, die vom 11.—14. September in Genf tagte und aus der Schweiz, aus Spanien, Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden bestand, war, beiseite, den Austausch der am längsten in Gefangenschaft befindlichen Leute in möglichst großem Umfang durchzuführen und das Los der nicht ausgetauschten Zivilgefangenen durch Schaffung befriedigender Unterkunftsräume, Austausch und Internierung der Kranken usw. zu erleichtern.
* Über die Stellung der Schweiz im Weltkrieg hielt Bundesrat Calandrar eine großangelegte Rede auf dem Parteitag der freisinnig-demokratischen Partei. Er betonte, daß jeder Staat, der schweizerisches Gebiet verletzen würde, der Feind der Schweiz sei, gegen den sie mit der gesamten Militärmacht Krieg führen würde. Die wirtschaftliche Krise schillerte der Redner als außerordentlich ernst. Er halte es als für unmöglich, daß eine der Großmächte durch Abschneidung der Zufuhr die Schweiz dem wirtschaftlichen Ruin oder der Hungersnot preisgeben werde.
Frankreich.
* Die Angelegenheit Malvy führte zu bewegten Debatten in der Kammerkommission, die über den Antrag

zingen au
strog woß
den gegen
Auf be
arbeiten, al
Erbauung
nahe. Da b
mählich zu
emporbeben